

erklären, daß es sich um ein »sekundäres« Werk handelt, dem keine eigenen Forschungen des Autors zugrundeliegen. Allerdings ist das Thema ohnehin nicht recht dazu angetan, wissenschaftliches Neuland zu erschließen.

Die leitende Fragestellung wäre trotzdem sehr interessant, ja eigentlich die interessanteste, die bei einer Herrscherbiographie möglich ist: Beller fragt in der Einleitung nach dem »Machtspielraum«, den Franz Joseph in seinen politischen Handlungen hatte. Das Konzept von »Macht«, das Bellers Vorstellungen zugrundeliegt, ist indessen nicht sonderlich klar; obwohl zuzugestehen ist, daß die wechselnden, Rahmenbedingungen im Lauf der langen Regierungszeit Franz Josephs hier ein flexibles Konzept nahelegen, bedeutet dies nicht, daß man derart im Vagen verbleiben muß wie der Autor. Letztlich entscheidet sich Beller für eine chronologische Abhandlung der wichtigen Ereignisse in der Habsburgermonarchie von der Vorgeschichte der Revolution 1848/49 bis zum Tod des Kaisers. Fragen nach den Spielräumen, die Franz Joseph offenstanden, und der Nutzung dieser Spielräume durch ihn sollen jeweils ad hoc angebracht werden.

Die Antworten sind leider unbefriedigend ausgefallen. Beller hat zu seinen zentralen Fragen nicht viel anzubieten, und hier fragt es sich doch, ob nicht vielleicht mit einem zweiten Blick in die Quellen mehr herauszuholen gewesen wäre. Seine Einschätzungen der Spielräume seines Protagonisten laufen im wesentlichen darauf hinaus, daß Franz Joseph eben Kaiser war und damit für das Ergebnis der Politik des Habsburgerreiches verantwortlich war. Das stimmt schon. Es hat nur nichts mit dem tatsächlichen Anteil des Kaisers am Ergebnis eines Entscheidungsprozesses zu tun.

Zwei typische Beispiele sollen dies illustrieren. So schreibt Beller über die 1850er Jahre: »All die Debatten laufen auf eine sehr relevante Frage hinaus, nämlich, ob Franz Joseph, der formal die Kontrolle innehatte, für die Probleme unmittelbar verantwortlich zeichnete. Schließlich war er es, der seinen Außenminister ausgesucht und in der Politik das letzte Wort hatte. Es war Franz Josephs persönliche Entscheidung, dem früheren Rat Schwarzenbergs zu folgen und Buol als seinen Nachfolger im Außenministerium einzusetzen. Es war ebenso Franz Josephs persönliche Entscheidung, bis 1859 weitgehend auf Buol zu hören.« (S. 65) Und zu 1859: »Baron Josef Alexander von Hübner schrieb die Fehler Franz Josephs in einem ergreifenden Essay dem Widerwillen der Berater zu, Franz Joseph die Wahrheit zu sagen. Es war jedoch Franz Josephs eigene Entscheidung, welchen Berater er anhörte und wem er glaubte.« (S. 71)

Es ist wirklich eine äußerst schlichte Sicht der Dinge, die hier erkennbar wird. Politische Entscheidungen formal zuständiger Entscheidungsträger kommen meistens unter Beteiligung untergeordneter Mitarbeiter, inkompetenter Personen, formal nicht eingebundener Interessengruppen usw. zustande. Die Frage nach dem »Machtspielraum« sollte sinnvollerweise genau darauf abzielen, wie solche Beiträge zusammentrafen und letzten Endes Entscheidungen prägten. Dieser Ansatz spielt in Bellers Buch nur selten eine

Rolle, und wenn, ist das Ergebnis ebenfalls von besonderer Harmlosigkeit (»Redlich meint dazu, daß Franz Josephs persönliche Intervention mehr als alles andere dazu beitrug, daß das allgemeine männliche Wahlrecht erlassen wurde. Wenn dies stimmt, erkennt man daran erneut, wie mächtig der Kaiser in der cisleithanischen Politik noch immer war. [Fn.]«; S. 147). Ansonsten zieht sich der Autor durchwegs darauf zurück, daß der Kaiser als formal zuständiger Entscheidungsträger eben dafür verantwortlich war, welche Einflüsse er zum Tragen kommen ließ, was aber nichts zum Verständnis beiträgt. Letztlich reduziert Beller damit die Frage nach dem »Machtspielraum« darauf, ob Franz Joseph zu einer bestimmten Entscheidung irgendeine Alternative gehabt hätte; wenn ja, dann hat er sich nach Beller das Ergebnis eben selbst ausgesucht. Diese Sicht ist deshalb unergiebig, weil es im Normalfall kaum Entscheidungen gibt, die nicht irgendwie anders hätten ausfallen können.

Es ist also eine recht traditionelle Biographie Franz Josephs geworden, nicht allzu lang, nicht allzu teuer, nicht allzu begeistert über den Kaiser. Kein Ereignis.

Philipp Moser

Österreich im 20. Jahrhundert

Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.): **Österreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg. Band 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar (Böhlau) 1997. 593 u. 641 S.**

Das vorliegende zweibändige Werk des Innsbrucker Zeithistoriker-Duos Rolf Steininger und Michael Gehler ist das Resultat von Überlegungen, die über die Herausgabe eines kompakten Lehrbuches zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert am Österreichischen Zeithistorikertag 1993 in Innsbruck angestrengt wurden. Für dieses Projekt konnten die Herausgeber weitere 14 namhafte Zeithistoriker gewinnen: Der Großteil der Wissenschaftler stammt aus Innsbruck und Wien, drei aus Amerika bzw. Kanada.

Dem Aufbau der Bände liegt folgendes Schema zugrunde: Zuerst wird das Thema allgemein vorgestellt, darauf folgt der Anhang, der die wesentlichen Dokumente zum vorher erörterten Thema – entweder vollständig oder auszugsweise dargestellt – beinhaltet. Das wertvolle umfangreiche Literaturverzeichnis und ein Fragekatalog, anhand dessen der Lernende oder Interessierte das Gelesene überprüfen bzw. reflektieren kann, runden dieses Schema ab. Einige Autoren (Steininger, Bukey, Keyserlingk, Rathkolb, Gehler) fügten ihren Beiträgen Zusammenfassungen oder Ausblicke hinzu. Unter den Dokumenten (durchschnittlich vier Dokumente pro Beitrag) befinden sich klassische historische Texte wie zum Beispiel Auszüge aus den ersten Parteiprogrammen, die Kriegserklärung an Serbien, Anweisung zum Einmarsch nach

Österreich durch Göring, das Juliabkommen 1936, das Schreiben von Franz Jägerstetter, in dem er seinen Wehrdienst verweigert, die Moskauer Deklaration, das Erste und Zweite Kontrollabkommen, das Memorandum der Besprechung der Regierungsdelegationen Österreichs und der Sowjetunion, der Bericht der internationalen Historikerkommission über Kurt Waldheim, das Gruber-de Gaspari-Abkommen oder der Antrag Österreichs um Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften. Der Fragen-Teil umfaßt pro Artikel im Durchschnitt zehn Fragen, welche unterschiedlich leicht bzw. schwierig formuliert sind. In der Mitte des jeweiligen Bandes befindet sich ein 35- bzw. 38-teiliger Bildteil. Für den Bildteil des ersten Bandes wurden nicht nur die ohnehin schon bekannten zeitgenössischen Bilder aus der Bundeshauptstadt Wien verwendet, sondern auch solche, die das Zeitkolorit zum Beispiel von Innsbruck wiedergeben. Jeder Band endet mit einer ausführlichen Chronologie (beginnt im ersten Band mit dem Jahr 1867) sowie mit dem Mitarbeiter- und Abkürzungsverzeichnis, dem Bildnachweis und einem Personenregister.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Beiträge liegt in der Beschreibung der politischen Geschichte Österreichs, daneben werden Gesamtdarstellungen über die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte geboten. Neu ist nicht nur die oben geschilderte Form der Aufbereitung der Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, sondern auch, daß erstmals die Geschichte Südtirols in einer Gesamtdarstellung Österreichs Berücksichtigung findet. Diese Novität verdankt man dem Mitherausgeber Rolf Steininger, der sich eingehend und umfassend mit dieser Thematik wissenschaftlich auseinandersetzt.

Als Zielgruppe des Buches geben die Herausgeber Studierende, Lehrer und Erwachsenenbildner sowie an der Geschichte Österreichs Interessierte an. Dennoch ist es kein »Lehrbuch« im klassischen Sinne, zumal auch »die unterschiedlichen Interpretationen der Wissenschaft« in hohem Maße Berücksichtigung finden.

Den ersten Band – *Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg* leitet Hermann J. W. Kuprian (»An der Schwelle zum 20. Jahrhundert – Staat und Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg«, 9–64) ein. Er definiert vorerst die Begriffe *Staat* und *Gesellschaft*, um dann vor allem auf die Verfassungsentwicklung der Donaumonarchie überzuleiten. In sehr prägnanter Weise skizziert anschließend Manfred Rauchensteiner (»Österreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918«, 65–98) Hintergründe und Verlauf des Ersten Weltkrieges. Er bedauert abschließend das offensichtliche Desinteresse osteuropäischer Wissenschaftler an der Aufarbeitung der Geschichte des Ersten Weltkrieges – dies stellt ein Manko dar, bedenkt man, daß ein Hauptkriegsschauplatz im Osten lag. Rolf Steininger (»12. November 1918 bis 13. März 1938: Stationen auf dem Weg zum Anschluß«, 99–151) leitet dann in die dreißiger Jahre über. Er schildert beinahe staccatohaft die politische Geschichte der Ersten Republik von ihrer Geburts- bis zur Todesstunde. Die dreißiger Jahre werden etappenweise – an den ereignisreichen Eckdaten orientierend – beleuchtet. So verweist etwa Wolfgang Maderthaner (»12. Feber 1934:

Sozialdemokratie und Bürgerkrieg«, 153–202) auf die dramatische wirtschaftliche Situation Österreichs während der Zwischenkriegszeit, welche mitunter zur Radikalisierung der politischen Lager führte und schließlich zum 12. Februar 1934. Dieter A. Binder (*»Der »Christliche Ständestaat« Österreich 1934–1938*«, 203–256) beleuchtet in seinem Beitrag die Geschichte der Vaterländischen Front, die, wie er zitiert, lediglich eine »Organisationshülle« der Regierung ohne Eigendynamik blieb (210). Gerhard Jagschitz (*»25. Juli 1934: Die Nationalsozialisten in Österreich*«, 257–308) befaßt sich in seinem Aufsatz mit der minutiösen Aufbereitung des nationalsozialistischen Putsches in Österreich, der am 25. Juli 1934 Bundeskanzler Dollfuß zum Opfer fiel. Eine Gesamtdarstellung der Entwicklung des »modernen Antisemitismus«, der am Ende des 19. Jahrhunderts entstand, liefert Thomas Albrich (*»Vom Vorurteil zum Prolog: Antisemitismus von Schönerer bis Hitler*«, 309–366). Obwohl sämtliche diskriminierende Handlungen gegen die Juden verfassungswidrig waren, hatte sich niemand dagegen aufgelehnt, und auch die katholische Kirche schaute weg. Der »sanfte« internationale Druck konnte zwar vorerst Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung verzögern, die Reichskristallnacht vom 9. auf den 10. November jedoch auch nicht mehr verhindern. Wie der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisiert bzw. verlaufen war, schildert Erika Weinzierl (*»Widerstand, Verfolgung und Zwangsarbeit 1934–1945*«, 411–463), von der Harrand-Bewegung bis zur Kooperation der Widerstandskämpfer mit den Befreiern. Der Beitrag von Rolf Steininger über die Südtirol-Problematik (*»23. Juni 1939: Gehen oder Bleiben? Die Option in Südtirol*«, 367–409), wirkt zwischen den Beiträgen Albrich und Weinzierl thematisch eher deplaziert. Nach Ansicht der Rezensentin würde er sich als vorletzter Beitrag (so wie im Band 2) besser in das Gesamtbild fügen. Die bereits im Titel aufgeworfene Frage stellt eines der politisch brisantesten Themen des 20. Jahrhunderts dar. Man könne »Geher und Bleiber« nur dann verstehen, so Steininger, wenn man die Ereignisse vor 1938 genau kennt, dadurch ließen sich viele Mißverständnisse und vor allem auch Vorurteile aus der Welt schaffen. Dieses Verständnis versucht der Autor in seinem Beitrag zu vermitteln. Sehr kritisch, teilweise belehrend und zynisch wirkt der Beitrag des amerikanischen Wissenschafters Evan Burr Burkey (*»Die Heimatfront: Von der »Ostmark« zu den »Alpen- und Donaugauen« 1939–1945*«, 465–498). Sein Thema leitet er mit der Erwähnung der Affäre Waldheim ein, welche seiner Meinung nach bei allem negativen Auswirkungen auf die österreichische Innen- und vor allen Außenpolitik einen großen Vorteil für die Wissenschaft brachte, nämlich jenen, daß dadurch eine »genauere Untersuchung der NS-Vergangenheit und des Antisemitismus der Alpenrepublik in Gang gesetzt wurde« (465). Schließlich beendet Friedrich Stadler (*»Die andere Kulturgeschichte. Am Beispiel von Emigration und Exil der österreichischen Intellektuellen 1930–1940*«, 499–558) den ersten Band mit der Schilderung einer »anderen« Kulturgeschichte: »Emigration und Exil«

werden vor dem Hintergrund des aufkommenden Faschismus in den zwanziger Jahren, des österreichischen Ständestaates und der Ereignisse des Jahres 1938 beschrieben. Die »Vertreibung des Geistes« setzte nach Stadler mit der Ermordung von Professor Moritz Schlick am 22. Juni 1936 ein. Das Abwandern der österreichischen Intelligenzia hat nach Ansicht des Autors nachhaltige Auswirkungen, die heute noch in Wissenschaft, Kunst und Kultur zu spüren seien.

Den zweiten Band – *Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart* – eröffnet Robert H. Keyserlingk (*»1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg*«, 9–37) mit der Geburtsstunde von Österreich II, nämlich dem 1. November 1943. An diesem Tag unterzeichneten die Alliierten das Moskauer Memorandum, welches Bestimmungen über Österreichs Unabhängigkeit und die sogenannten Opfertheorie beinhaltet. Letztere sollte bis 1986 als quasi Rechtfertigung österreichischer Politiker vor Geschichte, Politik und Gesellschaft dafür gelten, warum man die Vergangenheit nicht restlos aufgearbeitet habe. Auch für den Beitrag von Thomas Albrich (*»Holocaust und Schuldabwehr: Vom Judenmord zum kollektiven Opferstatus*«, 39–106) gilt das gleiche wie in Band I für jenen Steiningers: er scheint thematisch besser vor dem Beitrag Gehlers über die Waldheim-Affäre positioniert. Der erwähnte Artikel stellt die Fortsetzung von Band I dar. Albrich zeigt unter anderem den nicht unwesentlichen Anteil Österreichs am Holocaust auf und vor allem das ungeschickte und nicht unbedingt rühmliche Verhalten der österreichischen Nachkriegszeit-Regierungen gegenüber den Juden. Sie ließen sie deutlich spüren, »displaced persons« zu sein. Dieses Verhalten rechtfertigten die Politiker mit der Opfertheorie, daher war die Frage der Entschädigung jüdischer Opfer kein primäres politisches Thema. Die Verwaltung und Politik Österreichs während des Dezenniums der Besetzung beschreibt Klaus Eisterer (*»Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*«, 147–216). Neben der Schilderung des alltäglichen Umganges der Bevölkerung mit den »exotischen« Besatzern zeigt er das »Einnischen der Vier« anhand zweier Fallbeispiele, nämlich als Hilfestellung bei der Abnabelung Österreichs von Deutschland und der Entnazifizierung. Die Geschichte rund um die Entstehung des Staatsvertrages wird von Rolf Steininger (*»15. Mai 1955: Der Staatsvertrag*«, 217–257) beschrieben. Über das Parteiwesen in Österreich bis 1986 schreiben Manfred Rauchensteiner (*»Die Zwei: Die Große Koalition 1945–1966 mit einem Ausblick*«, 259–304) und Oliver Rathkolb. Rauchensteiner bezeichnet die Koalition als einen Teil der österreichischen Seele, in der sich das Zeitalter des österreichischen Biedermeiers widerspiegelt und somit das Bedürfnis nach Ruhe und Geborgenheit. Die Politik der beiden Großparteien war nach 1945 darauf ausgerichtet, die Republik mit Realutopien auszustatten, um so dem Staatsvolk ein gemeinsames Ziel zu geben – eine derartige Realutopie war das Erlangen des Staatsvertrages. Nach dessen Unterzeichnung setzte eine Stagnation der gemeinsamen Politik ein. Der Zusammenhalt von ÖVP und SPÖ wurde nach 1955 durch das Neutrali-

tätsgesetz, die eine gewisse außenpolitischen Isolation bewirkte, gestärkt. Ausblickend meint der Autor, daß man Zweite Republik und Große Koalition gleichsetzen könne, sie seien typische Merkmale der österreichischen Republik; ebenso könne man eine Gemeinsamkeit zwischen Großer Koalition und Neutralität finden, nämlich in der Tatsache, daß deren beider Fortbestand nur mehr eine Frage der Zeit sei! Oliver Rathkolb (*»Die Kreisky-Ära 1970–1983*«, 305–353) befaßt sich mit dem Phänomen Kreisky, welchen er als Aufklärer im positiven Sinn bezeichnet, zumal er den österreichischen Wohlfahrtsstaat geschaffen habe, der sich durch Reformen im Sozial-, Justiz-, Bildungs- und Heerwesen ausgezeichnet habe. Allein diese Reformen rechtfertigten die Bezeichnung der Regierungszeit Kreiskys als Ära, so Rathkolb. Michael Gehler (*»Die Affäre Waldheim: Eine Fallstudie*«, 355–414) berichtet über einen weiteren österreichischen Politiker, nämlich Kurt Waldheim. Äußerst objektiv rollt er die Waldheim-Affäre von ihren Anfängen bis zum Bericht der internationalen Historikerkommission auf. Wertend wird Gehler erst am Ende seines Beitrages hinsichtlich der Rolle der heimischen Pressemaschinerie und des Verhaltens Amerikas. Für Gehler stellt Waldheim einen Repräsentanten der »Kultur des Vergessens« in Österreich dar. Eine Gesamtdarstellung der wirtschaftlichen Situation bietet Franz Mathis (*»Die österreichische Wirtschaft. Grundlagen und Entwicklungen*«, 415–453). Er skizziert den Weg Österreichs vom Agrarstaat bis zum Industrie- bzw. Fremdenverkehrsstaat, dabei umfaßt die Wirtschaftsgeschichte vor 1945 zwei Drittel des Beitrages; die Tabellen im Anhang sind allerdings nicht sehr aktuell, die jüngsten stammen immerhin aus dem Jahr 1991. Rolf Steininger (*»Die Südtirolfrage 1945–1992*«, 455–514) setzt nun seinen Beitrag von Band I fort: Die österreichische Südtirolpolitik stellt einen beinahe fünfzig Jahre währenden Kampf um die Umsetzung des Inhaltes des Gruber-de Gasperi-Abkommens dar. Schließlich befaßt Kreisky – ohne Rücksicht auf »politische Verluste« – 1960 die Vollversammlung der UNO mit diesem Fall. Die Streitbeilegung erfolgte allerdings erst 1992 und wurde international als vorbildhaft bezeichnet. Dennoch kann der Autor nicht umhin festzuhalten, daß die italienische Regierung in der Umsetzung des Abkommens von 1946 in keiner Weise »guten Glauben« spüren hat lassen.

Der letzte Beitrag stammt von Michael Gehler (*»17. Juli 1989: Der EG-Beitrittsantrag*«, 515–595), der ein aktuelles Thema aus der jüngsten Geschichte Österreichs beleuchtet, nämlich den Weg Österreichs in das geeinte Europa, welcher seit Erlangung der Souveränität 1955 beharrlich eingeschlagen wurde. Die begleitende Darstellung des europäischen Einigungsprozesses runden diesen Beitrag ab.

Bei längerer und vor allem intensiver Benützung der Bücher erweist sich der Paperback-Einband als nicht sehr vorteilhaft: er ist rasch abgenutzt und läßt die Bände, welche als Standardwerke in keiner Bibliothek fehlen dürfen, sehr bald abgegriffen aussehen.

Anita Ziegerhofer